

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,00 Mt., monatlich 1,10 Mt.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 30. September 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die Insertions-Gebühren
betragt für die sechsgespaltene Kolonne
einer oder deren Raum 40 Pf., für
Werbes- und Versammlungs-Anzeigen,
sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
für die nächste Nummer müssen bis
4 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden.

Ueber die Arbeitsnachweis-Konferenz in München.

Ueber die wir an anderer Stelle der heutigen Nummer einen zusammenfassenden Bericht bringen, wird uns von einer auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises wohl informierten Seite geschrieben:
Die Bestrebungen, den Arbeitsnachweis zu einer ständigen Einrichtung der kommunalen Verwaltung zu machen, haben im letzten Jahre solche Fortschritte gemacht, daß es allmählich höchste Zeit für die Arbeiter wird, dem Arbeitsnachweis innerhalb der gewerkschaftlichen Bewegung erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken.

So lange der Arbeitsnachweis-Verband diesen Grundsat in der Praxis durchzuführen wird, so lange wird man seinen Bestrebungen vom Standpunkt der Arbeiter nicht feindselig entgegenzutreten.

Man nehme z. B. die Verhältnisse in der Metallindustrie. Dort bestehen schon längere Zeit die einseitigen Unternehmer-Rachweise und beherrschen bis zu einem hohen Grade die gesamte Arbeitsvermittlung.

So wie die Dinge heute in der Metallindustrie liegen, sollen nach der Leipziger Konferenz auch die Arbeitsvermittlungs-Verhältnisse in anderen Industriezweigen eingerichtet werden. Das ist der offen ausgesprochene Grundgedanke der Leipziger Unternehmer-Konferenz gewesen.

Das ist die große Gefahr, die vorhanden ist, sobald die Arbeiter auf die Errichtung eigener Rachweise zu Gunsten der kommunalen Vergütung wilden.

Damit soll keineswegs eine Unterstützung der kommunalen Rachweise für ausgeschlossen erklärt werden, aber das eine muß gesagt werden: Gelingt es den kommunalen Rachweisen nicht, innerhalb ihres Geltungsbereiches die Unternehmer-Rachweise zum Anschluß an das kommunale Institut zu gewinnen, so wird es mit einer erfolgreichen Wirksamkeit des gemeinsamen Arbeitsnachweises überhaupt sehr rasch zu Ende sein.

Aus diesem Grunde allerdings konnte erwartet werden, daß auf der Münchener Konferenz den Bestrebungen der deutschen Unternehmer schärfer zu Leibe gegangen worden wäre. Ein einfacher Protest kann nicht genügen; es handelte sich darum, über Mittel und Wege zu berathen, wie den Unternehmern ihre einseitigen Herrschaftsgelüste hätten genommen oder doch bereut werden können.

Trotzdem mögen die Arbeiter es nicht veräumen, wenigstens so weit es sich mit ihren Interessen verträgt, in enger Rührung mit den kommunalen Arbeitsnachweisen zu bleiben. Weiter aber dürfen nicht mehr die Arbeiter nicht gehen. Unter den heutigen Umständen kann ihnen nicht gerathen werden, zu Gunsten der kommunalen Rachweise die vorhandenen gewerkschaftlichen aufzugeben oder sie mit den kommunalen Rachweisen zu verschmelzen.

Vorsicht gegenüber den kommunalen Rachweisen ist um so gerechtfertigter, als auf dem Verbandstage in München auch eine Frage angeschnitten wurde, die im Interesse dieser Arbeitsnachweise selbst viel besser gar nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden wäre.

Es wurde nämlich die Frage berathen: Was können die Arbeitsnachweise dazu beitragen, der Landwirtschaft Arbeitskräfte zu erhalten und zuzuführen?

Was in aller Welt hat dieses agrarische Thema mit dem Zweck und der Einrichtung eines kommunalen Arbeitsnachweises zu thun? Aufgabe der Arbeitsvermittlung ist es auf der einen Seite, die Nachfrage nach Arbeitskräften und das Angebot von Arbeitskräften evident zu erhalten, dann aber sowohl den Unternehmern wie den Arbeitern die Möglichkeit zu verschaffen, auf rascheste Weise auf dem Arbeitsmarkte den günstigsten Handel (Kauf oder Verkauf) abzuschließen.

Nach alledem hat die Konferenz, die wesentlich aus Verwaltungsmännern zusammengesetzt war, weder für die Sache der kommunalen Arbeitsnachweise, noch auch für die Arbeiter ein erfreuliches Resultat gebracht. Die Arbeiter wurden mit starkem Mißtrauen erfüllt, das auch durch die einleitende Begrüßungsrede Dr. Freund's nicht beseitigt wird, sie dürften sich darum veranlaßt sehen, mehr als bisher den Ausbau und die Errichtung gewerkschaftlicher Arbeitsnachweise zu betreiben.

Politische Uebersicht.
Berlin, den 29. September.
Gegen den Militarismus! Der „Regierungsbote“, das Amtsblatt der russischen Regierung, bringt interessante Daten über die militärische Spannung der europäischen Länder.

Das russische Budget Dänemarks beträgt zwar nur 5 750 000 Fr., aber auch diese Summe muß als eine ungeheure Last für das kleine Land betrachtet werden. Die kleineren europäischen Staaten verbrauchen für die Erhaltung ihrer Armeen 614 500 000 Fr. Fügt man diese Ziffer zu den Ausgaben der oben erwähnten europäischen Mächte hinzu, so ergibt sich ungeheure Summe von ca. 5 Milliarden Franks. Das sind die jährlichen Ausgaben Europa's für die Aufrechterhaltung des Friedens (ohne die Marine-Ausgaben). Jede Sekunde verbraucht Europa für das Kriegswesen 187 Fr. 50 Cent.

Das russische Regierungsbudget glaubt auf Grund dieser Daten die unerträgliche Last sowie die völlige Unproduktivität dieser Anstrengungen beweisen zu haben und setzt die besten Hoffnungen auf die Ergebnisse der vom Minister Murawiew einberufenen Friedenskonferenz. Die stehenden Armeen werden in Regierungsorganen als eine Erbchaft der barbarischen Zeiten bezeichnet. Eine Abrüstung sei notwendig. Die besten Menschen geist haben es schon längst anerkannt. Statt der grausamen Nacht der Bajonette und Kanonen empfiehlt das Blatt die Errichtung eines Schiedsgerichts zur Entscheidung über die vorkommenden Streitfragen zwischen den einzelnen Ländern.

Soweit das russische Regierungsbudget.
Daß Rußland desto besser seine Uebermacht weiter stärken kann, je sicherer die völlige Ergebnislosigkeit der Konferenz sein wird, haben wir schon des öfteren auseinandergesetzt.

Deutsches Reich.
Ueber das Grubenunglück auf Zeche „General Blumenthal“ wird aus Essen telegraphirt, daß nach Angabe der Zechenverwaltung 17 Arbeiter getödtet, 3 schwer und 6 leicht verletzt worden sind.

Es ist bezeichnend, daß an demselben Tage, wo diese Stobbofschaft eintritt, die „Post“ einer Vertheiligung von Arbeitervertretern an der Grubeninspektion aus schroffe entgegentritt. Auch die blutigsten Opfer, welche die Arbeiterklasse auf dem Altar des Kapitalprofits bringen muß, können des Unternehmertums Brutalität nicht mildern.

Wiemar's Memoiren. Die J. G. Cotta'sche Buchhandlung in Stuttgart theilt mit: Am gestrigen Tage wurden der J. G. Cotta'schen Buchhandlung die letzten Nachträge des Fürsten Wiemar zu seinen den Titel „Gedanken und Erinnerungen“ führenden sogenannten Memoiren übergeben.

Busch'sche Sammlung von Judiskretionen und Diskrediten, sind die „Hamb. Nachr.“ aufs eifrigste besessen. Sie schreiben heute: „Von einigen Blättern wird nach scharfer Beurtheilung der Busch'schen Veröffentlichungen die Frage aufgeworfen, wie Fürst Wiemar mit einem solchen indiskreten und subalternen Mann habe in Beziehung stehen können. Wir bemerken dazu, daß Herr Busch diese Beziehungen lediglich Lothar Bucher verdankte, dem Fürst Wiemar jederzeit unbedingt Vertrauen schenkte und der sich seinerseits in Herrn Busch, trotz mehrfacher Warnungen löstete. Busch war mit Lothar Bucher, soviel wir wissen, in früheren Jahren außerhalb Deutschlands bekannt geworden, und nach unseren Informationen war seine Berufung 1870 ins Hauptquartier als publizistischer Mitarbeiter des mobilen Auswärtigen Amtes durch Bucher veranlaßt worden. Ebenso verhielt sich die Sache nach der Entlassung des Fürsten. Lothar Bucher war damals mit dem Ordnen der Papiere betraut, und da er diese Arbeit, namentlich wegen seines gütigen Leidens in den Fingern, nicht allein bewältigen konnte und eines Gehilfen bedurfte, wählte er Herrn Busch dazu aus, obwohl ihm von Mitgliedern der fürstlichen Familie ernste Zweifel an dessen Zuverlässigkeit und Diskretion ausgesprochen wurden. Bucher wollte diese Zweifel nicht gelten lassen, behauptete vielmehr, daß sie auf Mißgunst beruhten und daß Busch vollkommen treu und zuverlässig sei.

Wiemar hat zu Busch durch drei Jahrzehnte Beziehungen unterhalten, so daß die Ausreden auf den todtten Lothar Bucher einfach lächerlich sind. Alles spricht für die Eithheit der Busch'schen Judiskretionen. Freilich mag manches Wort ausgezeichnet und veröffentlicht sein, das im Berger und in der Aufregung gesprochen ist, und nicht für die Veröffentlichung bestimmt war. Aber gerade diejenigen, die mit Wiemar's Namen eine Götterverehrung getrieben haben und werden, dürfen sich nicht beklagen, wenn einer der Theilen alles von Wiemar's Gesagte für so heilig hält, daß er es ungeprüft und ungeäubert in die Deffentlichkeit bringt. Uebrigens läßt sich so manche von Busch wiedergegebene und von der Wiemar'sche Alique unangenehm empfundene Indiskretion durch andere Äußerungen des verstorbenen Reichsfanzlers belegen, so z. B. die merkwürdige Bemerkung über seine ursprüngliche republikanische Gesinnung. Im letzten Bande des von Heinrich v. Pöschinger herausgegebenen Wiemar-Portefeuille findet sich z. B. die folgende Reminiscenz: „Als er (Wiemar) mit dem amerikanischen General Philip Sheridan am 18. August über das Schlachtfeld von Gravelotte fuhr, sagte er zu diesem unter anderem: „Daß in seinen jungen Jahren seine Meinungen ganz republikanische gewesen seien, doch hätten Familienverhältnisse dieselben unterdrückt“; auch deutete er an, wie er in seiner politischen Laufbahn zu der Uebergangung gelangt sei,













